

# Staatsverräterische Gruppe an der TH Dresden

7. Februar 1959

Information Nr. 12/59 – Bericht über die staatsverräterische Gruppe an der Technischen Hochschule Dresden

## Quelle

BArch, MfS, ZAIG 169, Bl. 1–5 (2. Expl.: zurückgegebenes Honecker-Exemplar).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Honecker – MfS: Ablage.

## Vermerk

Im Dokumentenkopf: »(Von HA V gefertigt)«.

## Verweis

Information [118/59](#).

Am 28.1.1959 bzw. 29.1.1959 wurde von der Bezirksverwaltung Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit eine an der Technischen Hochschule<sup>1</sup> bestehende staatsverräterische Gruppe festgenommen, die sich »Nationalkommunistischer Studentenbund Deutschlands« nannte.<sup>2</sup> Diese Gruppe setzte sich aus 15 Studenten<sup>3</sup> zusammen, von denen zwölf Studenten inhaftiert wurden. Zwei Mitglieder der staatsfeindlichen Gruppe stellten sich Mitte Januar 1959 freiwillig dem Ministerium für Staatssicherheit, während ein Student seit Dezember 1958 republikflüchtig ist.

Die inhaftierten Mitglieder der staatsfeindlichen Gruppe sind Studenten im 6. Semester in den Fachrichtungen Maschinenwesen, Elektrotechnik, Papiertechnologie und Physik. Ein Student setzte im Januar 1959 infolge mangelnder Leistungen an der Technischen Hochschule sein Studium an der Ingenieurschule für Werkstofftechnik in Karl-Marx-Stadt fort.

Ihrer sozialen Herkunft nach sind zwei Beschuldigte Arbeiterkinder, vier Beschuldigte kommen aus den Kreisen der Intelligenz und sechs Beschuldigte stammen aus kleinbürgerlichen Schichten. Alle Beschuldigten haben bis zu ihrer Immatrikulation die Oberschule besucht und vor ihrem Studium nicht in der Produktion gearbeitet. Sie sind 20 bzw. 21 Jahre alt. Vier der Beschuldigten sind Mitglieder der CDU. Der Vater des Beschuldigten *Klandt*, Jürgen<sup>4</sup> ist von der Regierung der DDR als Verdienter Erfinder des Volkes ausgezeichnet worden. Er hat keine Kenntnis von der verbrecherischen Tätigkeit seines Sohnes.

Die bisherige Untersuchung ergab, dass bereits im Jahre 1954 an der Oberschule in Pirna eine Gruppe von dem Beschuldigten *Bauer*<sup>5</sup> gebildet und geleitet wurde, deren Ziel es war, außerhalb der FDJ die Freizeit ihrer Mitglieder zu gestalten. Nachdem die fünf Mitglieder dieser Gruppe im Sommer 1956 das Studium an der Technischen Hochschule aufgenommen hatten, führten sie weiterhin in unregelmäßigen Abständen Zusammenkünfte durch, wobei aufgrund der Beeinflussung durch westdeutsche Hetzsender, staatsfeindliche Literatur und Westreisen die geführten Diskussionen immer mehr staatsfeindlichen Charakter erhielten.<sup>6</sup>

Im Frühjahr 1958 wurde beschlossen, diese Gruppe zu vergrößern und zu einer aktiven staatsfeindlichen Tätigkeit überzugehen. Entsprechend dieses Beschlusses wurde die Gruppe durch die Werbung negativer Studenten auf insgesamt 15 Personen vergrößert. Die Gruppe besaß eine Konzeption, in der sie einen sogenannten freien Meinungs austausch, freie Entscheidungen über Interessengemeinschaften, die Beseitigung der militärischen Bündnisse und der vormilitärischen Ausbildung sowie die Einschränkung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, freien Reiseverkehr in alle Staaten, Pressefreiheit und einen Konkurrenzkampf in der sozialistischen Industrie forderten. Im Dezember 1958 fassten die Beschuldigten *Bauer* und *Schreiter*<sup>7</sup> diese Konzeption zu einem sogenannten 16-Punkte-Programm zusammen, in dem die einzelnen Forderungen teilweise mit Grundsätzen aus der Verfassung der DDR demagogisch verbrämt wurden. Zum Zwecke der Verwirklichung der Konzeption beschlossen Mitglieder der Gruppe die Durchführung von Flugblattaktionen und für eventuell sich notwendig machende terroristische Überfälle bzw. zur Verteidigung bei Festnahmen den Ankauf von Waffen. Dementsprechend erfolgte die Beschaffung von drei Pistolen, Kaliber 6,35 mm, 7,65 mm und 9 mm mit Munition sowie aus Westberlin der Kauf von drei Gaspistolen.

Da verschiedene Mitglieder deshalb Bedenken gegen eine Weiterarbeit der Gruppe erhoben, wurde Ende Oktober 1958 eine Zusammenkunft aller Gruppenmitglieder in einer Wohnung einberufen. In einer geheimen Wahl wurde gegen zwei Stimmen festgelegt, die staatsverräterische Tätigkeit fortzusetzen. Gleichzeitig wurde der Beschuldigte *Schreiter* als Leiter der Gruppe eingesetzt und aus den zuverlässigsten Mitgliedern eine sogenannte Sicherheitsgruppe gebildet. Diese aus fünf Beschuldigten bestehende Gruppe hatte die Aufgabe, Waffen zu organisieren, ein Warnsystem festzulegen und den Schutz bei feindlichen Aktionen zu übernehmen. Im November 1958 fand eine weitere Zusammenkunft statt, bei der drei Untergruppen geschaffen wurden und Bauer die Anweisung gab, zur besseren Tarnung der staatsfeindlichen Tätigkeit der CDU beizutreten. Dieser Anweisung leisteten drei Gruppenmitglieder bisher Folge.

Um Waffen und Flugblätter für die staatsverräterische Tätigkeit zu erhalten, suchte der Beschuldigte *Dalpke*<sup>8</sup> im September und November 1958 die sogenannte Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit<sup>9</sup> auf. Dort erhielt er angeblich die Aufforderung, die staatsverräterische Gruppe wegen allzu großer Gefährdung aufzulösen und die Mitglieder derselben anzuweisen, aktiv in den Massenorganisationen mitzuarbeiten und diese von innen heraus zu zersetzen. Die Lieferung von Waffen und Flugblättern sei durch den ihm namentlich nicht bekannten Mitarbeiter der »KgU« abgelehnt worden.

Im Dezember 1958 sowie im Januar 1959 suchte Dalpke gemeinsam mit dem Beschuldigten Bauer die Westberliner Dienststelle des sogenannten Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen<sup>10</sup> auf, um mit *Lemmer*<sup>11</sup> persönlich über eine Unterstützung für ihre staatsverräterische Tätigkeit zu beraten. In beiden Fällen erhielten die Beschuldigten nach ihren Aussagen von einem ihnen namentlich nicht bekannten Mitarbeiter die Auskunft, dass *Lemmer* nicht anwesend sei. Sie wurden aufgefordert, Ende Januar 1959 erneut vorzusprechen. Aufgrund ihrer Festnahme konnten sie dieses Vorhaben nicht durchführen. *Dalpke* und *Bauer* behaupten, dem ihnen namentlich nicht bekannten Mitarbeiter des Lemmer-Ministeriums keine Angaben über die Existenz und Tätigkeit ihrer Gruppe gemacht zu haben.

Außerdem bereiteten die Mitglieder der staatsfeindlichen Gruppe eine Flugblattaktion vor, die im Februar 1959 stattfinden sollte. Sie beschafften sich einen Abzugsapparat und größere Mengen Papier. Der Beschuldigte *Schreiter* arbeitete schriftlich den Text eines Flugblattes aus, in dem der sowjetische Friedensvertrag<sup>12</sup> verleumdet, sogenannte freie Wahlen sowie ein aktiver Kampf gegen die Regierung der DDR durch Bildung von Untergrundgruppen gefordert wird. Zum gleichen Zeitpunkt schickten die Gruppenmitglieder ein Schreiben an die BBC, welches den Westberliner Studentenkongress<sup>13</sup> verurteilt und im Namen »freiheitlicher« Studenten der DDR die Fortsetzung des Kriegskurses der Adenauer-Regierung<sup>14</sup> und der atomaren Aufrüstung in Westdeutschland fordert. Dieses Schreiben wurde in der BBC verlesen.<sup>15</sup>

Von der Parteileitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Technischen Hochschule wurde ein Flugblatt herausgegeben und Versammlungen mit den Studenten und Dozenten durchgeführt, in denen die Gründe der Inhaftierung der Mitglieder der staatsverräterischen Gruppe erläutert wurden. In den Versammlungen begrüßte die überwiegende Mehrheit der Studenten und des Lehrkörpers die Liquidierung der Gruppe, forderte eine strenge Bestrafung der Beschuldigten und die öffentliche Durchführung des Prozesses. Weiterhin ist vorgesehen, die Verbrechen der staatsverräterischen Gruppe vor den Studenten der Technischen Hochschule propagandistisch auszuwerten und dabei die beiden Selbststeller auftreten zu lassen.

1  
Die Technische Hochschule Dresden wurde 1961 zur Technischen Universität umbenannt.

2  
Der »Nationalkommunistische Studentenbund Deutschlands« wurde 1956 an der Technischen Hochschule Dresden (heute Technische Universität Dresden) von Studenten gegründet, die sich bereits Mitte der 1950er-Jahre noch als Schüler in Pirna und Grimma zusammengefunden hatten und in Freundeskreisen aktuelle politische und hochschulpolitische Fragen diskutierten. Die insgesamt 14 Mitglieder gaben sich im Frühjahr 1958 ein 16-Punkte-Programm, das u. a. politische Forderungen wie Meinungs- und Pressefreiheit, freie

Wahlen, Pluralismus der Ideologien, Auflösung des MfS und die Aufhebung der Beschränkungen im Reiseverkehr enthielt. Auf hochschulpolitischem Gebiet forderten sie z. B. die Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung der Studenten, die Einschränkung des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts und eine größere Freizügigkeit bei der Auswahl der Hochschule und der Studienfächer. Die Gruppe lehnte die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ab und besorgte sich Waffen und Sprengstoff. Sie initiierte Flugblattaktionen, beschaffte verbotene Literatur und versuchte zur Westberliner KgU und dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen Kontakt aufzunehmen. Am 29.1.1959 wurden die Mitglieder verhaftet. Bereits im April 1959 lief der erste Prozess gegen vier von ihnen. Sie erhielten Zuchthausstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. Am 23.4.1959 wurden sechs weitere Mitglieder in einem zweiten Prozess zu Zuchthausstrafen zwischen drei und sechs Jahren verurteilt. Vgl. Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a. 2011, S. 91–162; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945–1961. Berlin 2003, S. 466–468.

3

Im Unterschied zu den Angaben des MfS wird in der Literatur über die Gruppe stets von 14 Mitgliedern gesprochen.

4

Jürgen Klandt, Jg. 1937, Ingenieur, Verurteilung zu fünfzehn Jahren Zuchthaus im zweiten Prozess gegen die Mitglieder des »Nationalkommunistischen Studentenbundes« am 23.4.1959, Begnadigung im Juli 1962.

5

Gerhard Bauer, Jg. 1938, Ingenieur, studierte 1959 Schwachstromtechnik an der TU Dresden, wurde im ersten Prozess gegen die Mitglieder des »Nationalkommunistischen Studentenbundes«, der vom 13. bis 18.4.1959 stattfand, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, war nach seiner Haftentlassung im Jahr 1964 langjährig im VEB Strömungsmaschinenbau tätig.

6

Gerhard Bauer gründete zusammen mit Christian Ramatschi (Jg. 1938), beide waren Schüler der Rainer-Fetscher-Oberschule in Pirna, den »Jugendbund für gegenseitige Unterstützung«, eine staatlich nicht zugelassene Gruppierung, die sich in den elterlichen Wohnungen traf, um über Politik zu sprechen und gemeinsam verbotene Literatur zu lesen. Über Ramatschi erhielt Armin Schreiter, der Schüler an der Oberschule in Grimma war, Kontakt zum »Jugendbund«. Ihre Gesellschaftskritik richteten die Jugendlichen vor allem gegen Einschränkungen der Reisefreiheit und des Hochschulzugangs. Sie forderten die Abschaffung des Russischunterrichts als Pflichtfach und die Zulassung unabhängiger Jugend- und Studentenorganisationen. Diese Forderungen verbreiteten sie auf Informationsblättern im Freundeskreis. Aus dieser Gruppierung ging der »Nationalkommunistische Studentenbund Deutschlands« hervor. Vgl. Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a. 2011, S. 105 f. u. 139–143.

7

Armin Schreiter, Jg. 1938, Maschinenbauingenieur, studierte ab 1957 Maschinenbau an der TU Dresden, Verurteilung zu acht Jahren Zuchthaus im ersten Prozess gegen die Mitglieder des Studentenbundes, Haftentlassung 1964 aus dem Zuchthaus Torgau.

8

Hanns-Lutz Dalpke, Jg. 1937, Ingenieur, studierte ab September 1956 Papiertechnik an der TH Dresden, Verurteilung zu sieben Jahren Zuchthaus im ersten Prozess gegen die Mitglieder des »Nationalkommunistischen Studentenbundes«, Haftentlassung 1964 aus dem Zuchthaus Torgau, 1965 Ausreise in die Bundesrepublik, dort Beendigung seines Studiums und langjährige Tätigkeit im höheren Management der papierverarbeitenden Industrie.

9

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel, galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015; Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

10

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde 1949 gegründet und 1969 im Zuge der neuen Ostpolitik der Bundesregierung in Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten umbenannt. Alle diplomatischen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR lagen formal im Zuständigkeitsbereich dieses Ministeriums, nicht des Auswärtigen Amtes.

11

Ernst Lemmer, Jg. 1898, CDU-Politiker, bis Dezember 1947 2. Vorsitzender der Ost-CDU, dann von der Sowjetischen Militäradministration seines Amtes enthoben und Flucht in den Westen, 1950–56 stellv. Berliner Landesvorsitzender, 1956/57 Bundespostminister und 1957–62 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

12

Im Januar 1959 legte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrages der im Zweiten Weltkrieg an den Kämpfen gegen Deutschland beteiligten Staaten mit der DDR und der Bundesrepublik den Besatzungsmächten als Vorschlag vor. Am 10.1.1959 überreichte der Botschafter der Sowjetunion M. G. Perwuchin diesen Entwurf Walter Ulbricht. Als Voraussetzungen für den Abschluss des Vertrages werden darin der Austritt beider deutscher Staaten aus allen Militärbündnissen, der Verzicht auf moderne Waffensysteme, keinerlei Ansprüche auf die ehemals deutschen Ostgebiete und der Abzug aller Besatzungstruppen formuliert. Zum Wortlaut des Entwurfes siehe ND v. 11.1.1959.

13

Am 3. und 4.1.1959 fand an der Freien Universität (FU) Berlin ein Studentenkongress gegen Atomrüstung statt, auch als »Atomtod-Kongress« in die Geschichte eingegangen. Von den Beschlüssen dieses Kongresses, die sich gegen die Deutschlandpolitik aller bundesdeutschen Parteien richteten, distanzieren sich wenige Tage später sowohl der AStA als auch der Akademische Senat der FU, da sich herausgestellt hatte, dass der Kongress von der FDJ dominiert worden war. An der Vorbereitung des Kongresses war für die FDJ der spätere Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR, Hermann Kant, wesentlich beteiligt. Am Kongress nahmen u. a. Ulrike Meinhof (damals Mitarbeiterin der Zeitschrift »konkret«) und der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt teil. Vgl. [http://userpage.fu-berlin.de/chronik/chronik\\_1949-1960.html#04-07-1959](http://userpage.fu-berlin.de/chronik/chronik_1949-1960.html#04-07-1959) (letzter Abruf: 24.11.2021).

14

Konrad Adenauer, Jg. 1876, CDU-Politiker, 1949–63 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 1950–66 Bundesvorsitzender der CDU.

15

Dieser Brief wurde in der Sendung »Briefe ohne Unterschrift« verlesen. Die Geschichte dieser Radiosendung wurde von der Autorin Susanne Schädlich recherchiert, die in den Archiven der BBC die Originaldokumente fand. Vgl. Schädlich, Susanne: Briefe ohne Unterschrift. Wie eine BBC-Sendung die DDR herausforderte. München 2017.